
Jenseits der Gleichstellung

Wie weibliche Freiheit im postpatriarchalen Chaos erstritten werden kann

Nach einem Jahrhundert der Emanzipation erleben wir heute weltweit das destruktive Auftrumpfen toxischer Männlichkeit. Doch was häufig als Wiederkehr des Patriarchats gedeutet wird, ist vielmehr Ausdruck einer viel gefährlicheren Entwicklung: dem Streben nach einer unregelmäßigten Herrschaft des Stärkeren. Lässt sich weibliche Freiheit in diesem postpatriarchalen Chaos noch mittels Gleichstellungspolitik voranbringen?

Von ANTJE SCHRUPP

Es ist ein lieb gewonnenes Ritual bei gleichstellungspolitischen Veranstaltungen, die jeweils neuesten Gender-Reporte zu zitieren: »Wenn es in diesem Tempo weitergeht, wird es noch soundsoviele Jahre dauern, bis die Gleichstellung erreicht ist!« Das ist pessimistisch gemeint, ich denke dabei aber immer, dass es eigentlich zu optimistisch ist. Woher wissen wir denn, dass es überhaupt weitergeht? Gut möglich, dass die Gleichstellung ihren Peak bereits überschritten hat und Frauenrechte nicht weiter zu-, sondern wieder abnehmen.¹

Womöglich war der Juni 2022 ein Wendepunkt, als der Oberste Gerichtshof in den USA das Urteil »Roe v. Wade« aufhob und damit das seit 1973 in der Verfassung verankerte Recht abschaffte, eine ungewollte Schwangerschaft zu beenden. Oder 2016, als Hillary Clinton die sicher geglaubte Wahl gegen Donald Trump verlor. Vielleicht war die Wende aber auch schon der März 1979, als Ayatollah Khomeini in Iran die Rechte von Frauen massiv beschnitt und nicht nur den viel diskutierten Hidschab-Zwang einführte, sondern auch ihre Scheidungsrechte und Sorgerechte einschränkte, Berufsverbote aussprach und Geschlechtertrennung in öffentlichen Räumen einführte. Viele im Westen hielten das damals für den absurden Ausreißer eines rückständigen Landes, in Wahrheit wurde Khomeinis Frauenfeindlichkeit zum Vorbild für autoritäre Regime in aller Welt. Dass Frauen gleichberechtigt auf der Bühne der internationalen Politik anwesend sein sollen, ist heute vielerorts kein

ANTJE SCHRUPP,
geb. 1964 in Weilburg, Dr. phil.,
ist Politikwissenschaftlerin,
freie Autorin und Journalistin. Sie bloggt unter
antjeschrupp.com.
Soeben ist im Aufbau Verlag
ihr Buch »Postpatriarchales
Chaos und wie wir mit Feminismus die Freiheit erobern«
erschienen, auf dem dieser
Beitrag basiert.

1 New Report Raises Alarm on Lack of Progress Globally for Women's Rights and Wellbeing, Pressemeldung des Georgetown Institute for Women, Peace and Security, 27. 10. 2025. Seit 2024 enthält der US Human Rights Report, seit Jahrzehnten eine der wichtigsten statistischen Quellen für den Zustand der Menschenrechte in der Welt, keinen eigenen Abschnitt mehr zu Frauenrechten in den Länderreporten. Was nicht erhoben wird, spielt auch keine Rolle. Vgl. Kelly Kimball, U.S. Human Rights Reports Drop Women's and Girls' Sections for First Time in Decades, *moretoherstory.com*, 13.8.2025.

angestrebtes Ziel mehr, eher im Gegenteil. Gleichstellung ist kein Naturgesetz, das automatisch abläuft, wenn der Prozess einmal angestoßen wurde. Gleichstellung ist eine politische Strategie, und es ist wichtig, ihren Nutzen und ihre Dynamik zu evaluieren. Was hat sie uns und unserer Freiheit gebracht? Und was nicht?

Im Oktober 2016 feierte die Grüne Bundesfrauenkonferenz in Hannover das 30. Jubiläum des Frauenstatuts ihrer Partei. Die Grünen hatten dieses Statut 1986 eingeführt, um der strukturellen Benachteiligung von Frauen in der Parteipolitik zu begegnen. Es enthält ein ganzes Set von Maßnahmen, von denen das heute bekannteste Instrument die Quote ist: mindestens

50 Prozent Frauenanteil in allen Gremien. Beim Jubiläums-Podium zur »Zukunft grüner Frauenpolitik« stellten die meisten Rednerinnen die Bedeutung der Quote heraus: Ohne sie, so ihre Einschätzung, würde der Männeranteil auch in ihrer sich als feministisch verstehenden Partei schnell wieder weit über 50 Prozent liegen. Das sollte be-

»Einen emanzipatorischen Schein zu wahren, ist nicht das, was wir uns von der Quote versprochen hatten.«

weisen, wie wichtig die Quote ist, aber mich überzeugt das Argument nicht. Wenn die Quote dreißig Jahre nach ihrer Einführung immer noch gebraucht wird, hat sie doch offensichtlich nicht den erhofften Kulturwandel angestoßen, oder?

Zugegeben, einen Versuch war es wert. Es hätte sein können, dass es nur einen gewissen An Schub brauchte, um alte Gewohnheiten auszuhebeln. Dass Frauen, von positiven Vorbildern inspiriert, genauso viel Leidenschaft für parlamentarische Politik entwickeln würden wie Männer. Dass die politischen Beratungen und Entscheidungen dank Quote so viel besser werden würden, dass bald niemand mehr auf die Beteiligung von Frauen und auf Diversität generell verzichten wollen würde. Hätte sein können. War aber nicht so. Heute ist im wichtigsten Entscheidungsgremium der Bundesregierung, dem elfköpfigen Koalitionsausschuss von Bundeskanzler Friedrich Merz, nur eine einzige Frau vertreten, und das stört dort anscheinend niemanden; ärgerlich ist nur, dass das heutzutage schlechte Presse macht. Als sich im August 2025 im chinesischen Tianjin Vertreter aus China und Indien trafen, um eine engere Zusammenarbeit der beiden Länder zu verabreden, bestanden beide Delegationen ausschließlich aus Männern. Das könnte fast schon als antiwestliches Statement betrachtet werden, allerdings war auch den westlichen Medien das Fehlen von Frauen in ihren Analysen nicht einmal einen Nebensatz wert. Alles ganz normal.²

Die Unverträglichkeit von Parlamentarismus und weiblicher Freiheit

Mit Quote wäre das nicht passiert! Richtig. Aber einen emanzipatorischen Schein zu wahren, ist nicht das, was wir uns von der Quote versprochen hatten. Sie sollte eine nachhaltige Veränderung der politischen Kultur anstoßen. Stattdessen hat sie eher gewirkt wie ein Medikament, das zwar Symptome lindert, aber die Krankheit selbst nicht heilt. Und dazu unerwünschte Nebenwirkungen hat. Wir sollten mit dem Herumdoktern an den Symptomen aufhören und uns der Krankheit selbst zuwenden: der gegenseitigen Unverträglichkeit von Parlamentarismus und weiblicher Freiheit.

2 Ich konnte keine Fotos von diesem Treffen finden, auf denen eine Frau war.

Die Strukturen der repräsentativen Demokratie sind nicht geschlechtsneutral. Sie sind historisch aus patriarchalen Verhältnissen hervorgegangen und weiterhin auf die Wünsche und Bedürfnisse von Männern zugeschnitten. Wie der Mann als Oberhaupt der Familie deren Interessen in der Öffentlichkeit vertritt, so vertreten die Abgeordneten »Repräsentant:innen« die Interessen ihrer Wähler:innen und ihrer Parteien. Politik wird so in Form von Konkurrenz und Wettbewerb organisiert, und die Logik der Partikularität überstrahlt unweigerlich die Perspektive des Allgemeinwohls. Die französische Philosophin und Aktivistin Simone Weil hat 1943 in einem Plädoyer für die Abschaffung der politischen Parteien argumentiert, dass, sobald Parteien existieren, sich zu dem eigentlichen Zweck von Politik - dem Streben nach Gerechtigkeit und dem Guten - noch ein zweiter Zweck hinzugesellt oder sich sogar an dessen Stelle setzt: das Wachstum der Partei.³ Entsprechend betreiben Parteien Propaganda, um Mitglieder und Stimmen zu gewinnen, wobei das Entfachen »kollektiver Leidenschaften« ein probates Mittel ist, wie Weil schon damals beklagte. Außerdem üben sie Druck auf das Denken ihrer Anhänger:innen aus, sodass diese nicht mehr frei sind, ganz auf ihre innere Stimme zu hören, die ihnen den Weg zu dem, was wahr und gerecht ist, weisen könnte.

Es gibt eine Art, politische Strukturen, Verfahren und Geschäftsordnungen dafür zu benutzen, das eigene Ego zu boosten, die »typisch männlich« ist - und das meint natürlich nicht das Y-Chromosom oder eine übergeschichtliche Wesenheit des Männlichen, sondern die historische Tatsache, dass Parteipolitik männlich kodiert ist und das auch dann bleibt, wenn Frauen »mitmachen dürfen«. Wir sind heute zu Recht vorsichtig mit Geschlechterklischees und Stereotypen, aber in manchen Fällen sind die Unterschiede einfach nicht zu ignorieren. Als die Grünen 2012 in einer Urwahl ihre Mitglieder über den Bundesvorsitz der Partei abstimmen ließen, stellten sich neben den vier aussichtsreichen Kandidat:innen auch elf gänzlich chancenlose Personen zur Wahl. Einfach, weil sie es den Regularien entsprechend konnten. Weil sie ihr Gesicht gerne mal auf einem Plakat sehen wollten. Weil das schließlich »ihr gutes Recht« war. Diese Menschen waren elf Männer und null Frauen, und das ist weder ein Zufall noch verwunderlich. In einer Flugschrift von 1999 habe ich dieses Phänomen gemeinsam mit meinen Mitautorinnen »das männliche Imaginäre« genannt: »Männer nutzen öffentliche Ämter und Funktionen - genau wie den Bereich der beruflichen Tätigkeit - um sich ihre männliche Größe zu spiegeln.«⁴ Wenn ein Mann ein politisches Amt übernimmt, vergrößert das seine Männlichkeit. Eine Frau, die ein politisches Amt übernimmt, gefährdet hingegen ihre Weiblichkeit. Das hat sich zwar im Verlauf der hundert Jahre, seit denen Frauen politische Rechte haben, gemildert, verschwunden ist das Phänomen aber nicht.

»Die Strukturen der repräsentativen Demokratie sind nicht geschlechtsneutral.«

3 Vgl. Simone Weil, Anmerkung zur generellen Abschaffung der politischen Parteien, diaphanes 2009. Vgl. auch meinen Blogpost vom 17.8.2011 auf antjeschrupp.com.

4 Ulrike Wagner, Andrea Günter, Dorothee Markert und Antje Schrupp, Liebe zur Freiheit, Hunger nach Sinn. Flugschrift über Weibewirtschaft und den Anfang der Politik, Rüsselsheim 1999.

Von feministischer Seite wird dieses Thema kaum diskutiert, was auch damit zusammenhängt, dass Frauen lange mit ebendieser Begründung - dass ihr weibliches Wesen für Politik ungeeignet sei - die Bürgerrechte verweigert wurden. Aber heute, im postpatriarchalen Chaos, glaubt das niemand mehr ernsthaft. Nach 16 Jahren Bundeskanzlerin Merkel wäre es gerade in Deutschland auch absurd. Wir können uns also ganz offen die Frage stellen, ob und inwiefern der Parlamentarismus geeignet ist, eine Demokratie zu verwirklichen, wie wir sie uns vorstellen. Und wie sinnvoll es ist, das Prinzip von Demokratie - dass alle Menschen sich mit ihren Anliegen und Ideen an der Gestaltung der gemeinsamen Welt beteiligen - auf die Existenz formaler parlamentarischer Regeln zu beschränken.

»Gleichberechtigung« versus »Gleichstellung«

»Gleichberechtigung« und »Gleichstellung« sind ja nicht dasselbe. Gleichberechtigung bedeutet, dass Menschen ungeachtet aller Unterschiede gleiche Rechte haben, also unabhängig von ihrem sozialen Status, ihrer Religion, ihrem Vermögen, ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft. Gleichstellung hingegen ist der Versuch, durch gesetzliche und andere Maßnahmen tatsächliche Gleichheit der Lebensumstände herzustellen. Die Gleichberechtigung muss um jeden Preis verteidigt werden. Jedes Gesetz, jede soziale Regel, die Frauen (oder auch anderen Menschen) Rechte und Möglichkeiten vorenthält, einzig aufgrund ihrer Zuordnung zu einer Kategorie, verletzt ihre Menschenrechte und ist unter keinen Umständen akzeptabel. Ohne gleiche Rechte ist Demokratie undenkbar. Für Gleichstellungsmaßnahmen hingegen gilt das nicht. Sie sind Verhandlungssache, sie können sowohl ermächtigend als auch assimilierend wirken. Sie sind ambivalent zu betrachten.

Die Strategie der Gleichstellung geht maßgeblich auf Simone de Beauvoir zurück, die sich 1949 in ihrem Buch »Das andere Geschlecht« mit der Frage beschäftigt hat, warum die Gleichberechtigung nicht zu einer nennenswerten Veränderung im Geschlechterverhältnis geführt hat. Beauvoirs Antwort: Weil Kultur viel tiefer geht. An vielen Beispielen zeichnet sie die historische Entwicklung der Nachrangigkeit von Frauen als »zweites« Geschlecht - so der französische Originaltitel des Buches - nach. Das Männliche ist die Norm für Menschsein generell, und vor diesem Hintergrund ist es Frauen überhaupt nicht möglich, ihre eigene Subjektivität zu postulieren. Genau das wäre aber die Voraussetzung dafür, eigenständige Positionen zu entwickeln. Beauvoir zeigt, wie diese Zweitrangigkeit und Unterordnung von allem, was als »weiblich« gilt, sämtliche Lebensbereiche prägt: Bildung und Erziehung, Kultur und Religion, Sitten und Mythen. Sie deckt außerdem auf, wie stark Frauen selbst an diesem Prozess beteiligt sind, als Mütter, als Lehrerinnen, als Bürgerinnen. »Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es«⁵, lautet ihr berühmtes Diktum - und eben nicht: »Man wird dazu gemacht«, wie in manchen deutschen Übersetzungen zu lesen ist. Frauen sind am Prozess ihrer Unterdrückung mitbeteiligt.

Dass gleiche Rechte allein nicht genügen, sondern weitergehende Aktivitäten und Maßnahmen notwendig sind, um all den patriarchalen Prägungen entgegenzuarbeiten und eine gerechte Gesellschaft aufzubauen, steht wohl außer Frage. Das gilt nicht nur für die Freiheit von Frauen. Auch die mit Rassismus, Antisemitismus,

5 Simone de Beauvoir, Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau, Hamburg 1986, S. 264.

Ableismus, Klassismus und so weiter verbundenen Ungerechtigkeiten verschwinden nicht einfach mit ein bisschen gutem Willen von selbst, sondern müssen aktiv verlernt, aufgelöst, entmachtet werden. Aber von wem? Simone de Beauvoir richtet ihren Appell an linke, politisch aktive Menschen und vor allem an die Frauen selbst. Wir sind es, die sich nicht mit formalen Rechten zufriedengeben sollen, sondern kulturelle, gesellschaftliche, persönliche Praxen entwickeln müssen, die der formalen Gleichberechtigung auch tatsächliche Freiheit folgen lassen.

Aber seit den 1980er Jahren sind aus diesen Anliegen mehr und mehr Forderungen an den Staat geworden - eben in Form von Gleichstellungspolitik. Das ist auch eine Folge des erfolgreichen »Marsches durch die Institutionen« der 1968er-Bewegungen. In der BRD kam 1969 mit Willy Brandt erstmals ein sozialdemokratischer Bundeskanzler an die Macht. 1983 zog die linksalternative Partei »Die Grünen« in den Bundestag ein. Dadurch wurde es möglich, Initiativen der autonomen Frauenbewegung auf staatlich geförderte Beine zu stellen: Frauenhäuser und feministische Zentren finanzieren sich seither überwiegend durch öffentliche Gelder, Kommunen stellten Frauenbeauftragte ein und Frauenförderpläne auf, um jene Defizite auszugleichen, die Frauen womöglich daran hindern, ihre Rechte auszuüben und die eigenen Interessen kraftvoll zu vertreten.

Die Gleichstellungspolitik hat den Fokus von den Frauen als Akteurinnen ihrer gesellschaftlichen Besserstellung auf den Staat beziehungsweise gesellschaftliche Institutionen verschoben. Diese Tendenz besteht in ganz Europa, ist aber in traditionell staatsreuen Ländern wie Deutschland oder Skandinavien besonders ausgeprägt.

Doch diese Strategie birgt Gefahren. Erstens können gleichstellungspolitische Strukturen, wie wir in den USA gesehen haben, mit einem Federstrich wieder zerstört werden. Aber auch ohne diesen »Worst Case« stärkt die Gleichstellung die bestehenden, aus dem Patriarchat stammenden Institutionen. Egal ob es sich um das Papsttum, um Aufsichtsräte oder Universitäten handelt: Die Forderung, Frauen den Zugang zu ihnen

zu ermöglichen, beglaubigt unweigerlich deren Bedeutung und Autorität. Das spricht nicht per se gegen solche Forderungen. Wir müssen diesen Zusammenhang aber im Kopf behalten und jeweils fragen, ob es das wert ist, oder ob man die betreffenden Institutionen nicht auch aufgeben kann, ob sie nicht bedeutungslos geworden sind oder von ihren Prinzipien her ungeeignet für eine freiheitliche Weltgestaltung.⁶

Die Unterschiede zwischen feministischen und staatstragenden Ansätzen sind manchmal nur klein. Das lässt sich gut am Beispiel der unterschiedlichen Quotenregelungen bei Grünen und SPD zeigen. Bei den Grünen müssen mindestens 50 Prozent aller Gremien mit Frauen besetzt sein, bei der SPD müssen Frauen und Männer mindestens zu je 40 Prozent vertreten sein. Der entscheidende Unterschied liegt nicht in der Zahl 50 versus 40, sondern in der ganzen Logik der Maßnahme. Die Frauenquote bei den Grünen ist eine Mindestbedingung, Frauen können auch 70, 80 oder sogar

»Die Gleichstellungspolitik hat den Fokus von den Frauen als Akteurinnen auf den Staat und gesellschaftliche Institutionen verschoben.«

6 Vgl. auch Diotima, *Jenseits der Gleichheit. Die weiblichen Wurzeln der Autorität*, Sulzbach 1999.

100 Prozent eines Gremiums stellen, was auch schon vorgekommen ist, zum Beispiel als die Bundestagsfraktion 1984 einen ausschließlich aus Frauen bestehenden Vorstand wählte, das sogenannte »Feminat«. Der Sinn dieser Quote ist also nicht die »Gleichstellung der Geschlechter«, sondern sie soll Frauen und ihren Inhalten und Anliegen strukturell mehr Einfluss verschaffen. Die Quote bei der SPD hingegen folgt einer formalen Gleichheitslogik. Sie ist nicht auf Veränderung der symbolischen Ordnung angelegt; dass Frauen womöglich einmal in der großen Mehrheit sein könnten, schließt diese Quote sogar explizit aus.

Einer Politik der Gleichstellung liegt zudem ein binäres Verständnis von Geschlecht zugrunde: Während die Grünen-Quote das Frausein für sich genommen betrachtet, versteht es die SPD-Quote als komplementäres Gegenüber zum Mannsein. Diese Verschiebung ist paradigmatisch für den Wandel von feministischer Politik zu Gleichstellungspolitik generell. Feministische Strategien der 1980er Jahre wie Frauenpolitik, Frauenforschung oder Frauenbeauftragte hatten zum Ziel, in historisch männliche Ordnungen die ehemals ausgeschlossene weibliche Perspektive hineinzubringen. Das ist, für sich genommen, nicht besonders revolutionär, weil es ja die Existenzberechtigung der jeweiligen Handlungsfelder unangetastet lässt, aber immerhin lassen diese Versuche Raum für radikale Institutionenkritik und sind offen für alle möglichen inhaltlichen Aspekte und auch für queere, nichtbinäre Identitäten.

Wenn jedoch aus Frauenforschung Genderforschung wird, wenn Frauenbeauftragte plötzlich Gleichstellungsbeauftragte heißen und so weiter, verschiebt sich der Fokus: Es geht dann nicht mehr um die Welt, die mit Hilfe von feministischen Ideen und Strategien freiheitlicher werden soll, sondern es geht um das Geschlechterverhältnis, das mit Hilfe von Gleichstellungsmaßnahmen egalitärer werden soll. Frauen werden also nicht mehr als Subjekte für sich betrachtet, sondern in eine Relation zu Männern gesetzt. Geschlechterdifferenzen sind dann nicht mehr ein Ausgangspunkt für Reformen aller Art, sondern sie werden zu deren eigentlichem Inhalt. Die Logik der Gleichstellung lässt somit die grundlegenden Ungerechtigkeiten der Welt unangetastet, etwa die Abwertung und das Unsichtbarmachen von Care-Arbeit, eine ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung oder rassistische und andere gruppenbezogene Ausschlüsse. Selbstverständlich kann man ungerechte Verhältnisse gleichmäßig zwischen Frauen und Männern aufteilen. Aber wenn die Welt ansonsten genauso ungerecht bleibt wie eh und je, ist damit überhaupt nichts gewonnen.

Ebenso wie sich 1918 die Hoffnung zerschlug, Frauen würden ihr Wahlrecht nutzen, um die Welt substantiell zu verändern, wurde auch die Hoffnung der 1980er Jahre enttäuscht, dass »gleichgestellte« Frauen die Verhältnisse substantiell verändern. Bärbel Wartenberg-Potter, eine der ersten Bischöfinnen Deutschlands, zog im Jahr 2008, als sie in den Ruhestand ging, die ernüchternde Bilanz, sie sei zwar als Feministin mit dem Wunsch auf Veränderung gestartet, aber der Druck des Amtes sei zu stark gewesen: »Ich habe über weite Strecken die Bischöfin nur gespielt.«⁷ Wie sie haben viele Frauen, die sich in den Führungsebenen ehemals männlicher Institutionen engagierten, erlebt, dass die Institutionen beharrlicher waren als ihr Vermögen, etwas Wesentliches darin zu verändern. Selbst dort, wo sie in ihrer Amtszeit mit großem Einsatz und solidarischen Netzwerken tatsächlich vieles realisieren konnten, erwies sich

7 Bei einem Vortrag im März 2008 im Evangelischen Frauenbegegnungszentrum Frankfurt a. M.

das Erreichte als nicht nachhaltig: Sobald sie weg waren, gingen die Institutionen umstandslos auf den Status quo ante zurück, so als wären diese Frauen nie da gewesen. An der Entwicklung der CDU nach Ende der Ära Merkel lässt sich das gut beobachten.

Dass sich die Welt nach einer Phase der Gleichstellung erneut vermännlicht, ist mir erstmals 2009 aufgefallen. Der feministische Elan, mit dem sich Frauen-Netzwerke in den 1980er und 1990er Jahren dafür eingesetzt hatten, Frauen in einflussreiche Positionen zu bringen, war fast vollständig erlahmt. Immer schwieriger ließen sich Kandidatinnen für offene Positionen finden. Die Männer hingegen machten weiter wie immer. Als sei die Gleichstellung nur eine unwichtige Fußnote der Geschichte gewesen. »Die männliche Selbstbehauptung und Definitionsmacht über das, was »normal ist, funktioniert in einer sich als »gleichberechtigt« verstehenden Gesellschaft umso besser, weil man so tun kann, als sei sie gar nicht vorhanden. Nichts ist beweisbar, alles ist immer nur Zufall«⁸, schrieb ich damals. Beliebt ist etwa der Trick mit den »Covergirls«⁹: Man schiebt die wenigen Frauen, die man hat, prominent nach vorne, damit nicht auffällt, wie männerlastig es in Wahrheit zugeht.

Seither hat sich die Gleichgültigkeit vieler Männer gegenüber dem Feminismus und der Beteiligung von Frauen noch einmal verstärkt. Zumindest erkläre ich mir so, warum die gewaltvoll antifeministische Agenda von Rechtsextremen bei ihnen auf so wenig Widerstand stößt. Konservative männliche Politiker (und ihre »gleichgestellten« weiblichen Pendanten) stilisieren sich vielmehr selbst zur Speerspitze von »Anti-Woke«. Feminismus ist passé, Queerfeminismus sowieso, von systemkritischen Anliegen ganz zu schweigen. Doch anders als früher können sich solche Positionen nun als »gleichberechtigt« und »emanzipiert« darstellen. Die alte patriarchale Behauptung, dass Frauen das Regieren, Führen und Leiten naturgemäß nicht könnten oder gottgewollt nicht dürften, ist überflüssig geworden, denn die »Wiedervermännlichung« ergibt sich ganz folgerichtig daraus, dass mit der Gleichstellung von Frauen eben nicht auch der Habitus und die symbolische »Männlichkeit« der Strukturen verschwunden sind. Diskriminierende Gesetze, so stellt sich heraus, sind gar nicht nötig, um Frauen von Macht und Einfluss fernzuhalten.

Weibliche Freiheit neu denken

Wenn wir weiterhin versuchen wollen, Geschlechterdifferenzen in die überlieferten, männlich geprägten Institutionen einzuspeisen, müssen wir daher eine andere Strategie wählen. Wir müssen verstehen, dass Feminismus nicht Orientierung an den Männern bedeutet, sondern die Bewusstwerdung einer eigenen weiblichen (oder queeren oder sonstigen nicht cis-männlichen) Subjektivität, die nicht nur mitmacht bei einem Spiel, dessen Regeln bereits feststehen, sondern mit eigenen Wünschen und Projekten in Erscheinung tritt. Die die herkömmlichen Schiedsrichter als befangen

»Die Gleichgültigkeit vieler Männer gegenüber dem Feminismus und der Beteiligung von Frauen hat sich noch einmal verstärkt.«

8 Antje Schrupp, Schon wieder und immer noch: Die Vermännlichung der Welt, bzw-weiterdenken.de, 27.2.2009.

9 Dies., Der neue Trend: Covergirls, antjeschrupp.com, 12.3.2009.

zurückweist und womöglich nicht nur die Spielregeln ändern, sondern ein ganz neues Spiel spielen möchte. Die das Ziel der »Gleichstellung« als ungenügend zurückweist.

Bei der Grünen Bundesfrauenkonferenz im Oktober 2016 drehten sich die Gespräche bald auch um die Gefahr des erstarkenden Rechtspopulismus. Es war das Jahr nach der berühmten »Silvesternacht von Köln«, als sexualisierte Übergriffe und Gewalttaten junger Männer eine öffentliche Debatte mit rassistischer Konnotation nach sich zogen. Die drei Jahre zuvor gegründete AfD war im Aufwind und hatte bei den Landtagswahlen im Frühjahr in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg zweistellige Ergebnisse eingefahren. Viele Linke und Liberale mahnten an, interne Differenzen beiseitezulegen und mit einer Stimme zu sprechen. Es sei nicht der richtige Zeitpunkt für Zweifel an den eigenen Strategien, vielmehr müssten alle Kräfte darauf konzentriert werden, das Bestehende zu verteidigen.

Die Befürchtung, dass grundlegende frauenpolitische Errungenschaften in Gefahr sein könnten, hat sich bewahrheitet. Die Anti-Gender-Maßnahmen des seit 2010 regierenden ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán waren nur der Anfang. Ähnliche Bestrebungen gibt es inzwischen in allen europäischen Ländern mit rechtspopulistischen Regierungen und immer öfter auch im bürgerlich-konservativen Lager. Eine besonders große Zäsur ist die zweite Amtszeit von Donald Trump in den USA. Gleich nach seinem Amtsantritt im Januar 2025 hob Trump alles auf, was mit »diversity, equity, and inclusion« (DEI) zu tun hat, also mit Diversität, Gleichstellung und Inklusion.¹⁰ Quotenregelungen und vergleichbare Maßnahmen, die feministische und anders menschenrechtlich engagierte Bewegungen in den vergangenen sechzig Jahren erkämpft haben, gelten seitdem in den USA als unzulässige Diskriminierung. Privatwirtschaftliche Unternehmen, Medienhäuser, Bildungseinrichtungen und NGOs haben sich den neuen Direktiven mit erstaunlicher Geschwindigkeit angepasst, gerade auch die sich ehemals betont frauen- und queerfreundlich gerierenden Tech-Companies. Die meisten Bekenntnisse zu Diversität und Gleichstellung, so stellt sich heraus, sind nur dem Zeitgeist geschuldete Lippenbekenntnisse gewesen, nicht Ausdruck echter Überzeugungen. Wenn das ganze Desaster eine gute Seite hat, dann diese: Wir wissen nun besser, woran wir sind.

In dieser Situation können wir uns nicht auf die Verteidigung des Bestehenden beschränken. Sicher, es lohnt sich, wo immer möglich gegen den Abbau gleichstellungspolitischer Strukturen zu kämpfen. Gleichzeitig sollten wir uns jedoch klarmachen, dass ihr Erhalt nicht das Kernanliegen des Feminismus ist. Der bisherige Status quo ist deutlich weniger cool gewesen, als es den Anschein hatte und viele geglaubt haben. Die derzeitige Krise fordert dazu heraus, das Verhältnis von Staatlichkeit, Institutionen, Parteienpolitik und Geschlecht noch einmal ganz neu zu durchdenken, auf einer grundsätzlichen Ebene. Wie helfen Gleichstellungsmaßnahmen - und wie auch nicht? Was bringen Gesetze, die Frauen und Marginalisierte schützen sollen - und was darf man sich von ihnen nicht versprechen? Nur aus einer ehrlichen Bilanz heraus können wir Visionen und Ideen für eine Zukunft entwickeln, die vielversprechender sind als die Beschwörung eines Status quo, der, wenn wir ehrlich sind, allerhöchstens so lala gewesen ist. ◻

¹⁰ Vgl. Executive Office of the President, Initial Rescissions of Harmful Executive Orders and Actions federalregister.gov, 28.1.2025.